

Antrag
der Fraktion der SPD

**Appell an die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer,
in deren Heimat gekämpft wird**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien trifft die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, deren Völker in der Heimat betroffen sind, besonders hart. Besorgt und entsetzt verfolgen sie die oft mit unvorstellbarer Grausamkeit verübten Kriegsverbrechen.
2. In der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten Angehörige aller Völker des ehemaligen Jugoslawiens. Bislang haben es die Angehörigen dieser Völker mit großer Disziplin verstanden, die Gewaltkonflikte ihrer Heimat nicht auf die Bundesrepublik Deutschland übergreifen zu lassen.
3. Der Deutsche Bundestag dankt allen bei uns lebenden und arbeitenden ausländischen Bürgerinnen und Bürgern für die in den vergangenen Jahren geübte politische Disziplin. Sie war bis heute ein wichtiger Beitrag zum inneren Frieden in unserem Lande. Sie ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben.

Jüngste Warnungen des Generalbundesanwalts und des Bundeskriminalamtes, die sich auch auf die Konflikte zwischen den türkischen Kurden und dem türkischen Staat beziehen, zeigen, daß diese Disziplin nicht selbstverständlich ist und daß sie brüchig werden könnte.

4. Der Deutsche Bundestag fordert alle Angehörigen von Völkern, in deren Heimat es zu militärischen und kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen ist, auf, sich auf deutschem Boden jeglicher Aggression und Gewalt zwischen Gruppen unterschiedlicher Herkunft zu widersetzen.
5. Der Deutsche Bundestag warnt alle ausländischen Organisationen und deren Lenkungsorganen: Das Ausnutzen des freiheitlichen Rechtsstaates für Gewaltaktivitäten gegen den politischen Gegner der Heimatregion auf deutschem Boden wird nicht hingenommen. Das gilt für gewaltbereite Konfrontationen.

ebenso wie für Versuche, von Deutschland aus Gewaltaktivitäten in der Heimat zu unterstützen oder gar zu steuern.

6. Der Deutsche Bundestag fordert deutsche Solidaritätsgruppen auf, sich diesem Appell anzuschließen und ihrerseits auf ihre ausländischen Freunde entsprechend einzuwirken.
7. Der Deutsche Bundestag wiederholt seine Mahnung an die Bundesregierung, auch im Interesse des inneren Friedens bei uns, die strengsten politisch gebotenen und technisch möglichen Maßstäbe an jede Form von Waffenexport zu legen.
8. Der Deutsche Bundestag dankt den Beamten, Beamtinnen und Mitarbeitern der örtlichen Polizeidienststellen, die durch besonnene Präsenz dazu beigetragen haben, daß es bislang zu keinen größeren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Angehörigen von ausländischen Konfliktparteien gekommen ist.

Bonn, den 16. Juni 1992

Hans-Ulrich Klose und Fraktion